

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Veranstaltung: Edkt. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angehörigen
und Beamten, U.-S., Dresden.
Gebrüder Henbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Verlagsort ist es durch oder ohne Einschickung dieses Blattes, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung seinen Wunsch auf Wiedereinrichtung des Bezugsvertrages oder auf Rückführung der Zahlung

Abbestellung: Die Abbestellung muss am wenigsten zwei Wochen vor dem Ende des Monats bei der Redaktion einlangen. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein. Die Abbestellung ist ohne Rücksicht auf die Abrechnung zu erfolgen.

Schreibweise: Die Schreibung muss in deutscher Sprache sein. Die Schreibung muss in lateinischer Schrift sein. Die Schreibung muss in lateinischer Schrift sein.

Abbestellung: Die Abbestellung muss am wenigsten zwei Wochen vor dem Ende des Monats bei der Redaktion einlangen. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein. Die Abbestellung ist ohne Rücksicht auf die Abrechnung zu erfolgen.

Nr. 283

Dresden, Mittwoch den 5. Dezember 1928

39. Jahrg.

Sozialdemokratie und Kommunalpolitik

Betrachtungen zum Sächsischen Gemeindetag

H. Fb. Der Sächsische Gemeindetag, der vom Sonntag bis zum Dienstag in Dresden tagte, hat seine Arbeiten beendet. Etwa tausend Kommunalpolitiker und Vertreter der Behörden wohnten den Verhandlungen bei. In erster Linie für die Kommunalpolitik, aber auch für die Landes- und die Reichspolitik einen recht beachtlichen Verlauf nahmen. Zwei wichtige Fragen beschäftigten in diesem Jahre das Parlament der sächsischen Gemeinden, die Finanznotlage der Kommunen und die Selbstverwaltung der Gemeinden. Beides sind Probleme, die den Politikern aller Schattierungen größtes Interesse abgeben.

Der Gemeindetag zeigte schon rein äußerlich ein wesentlich anderes Gepräge als sein Vorgänger 1925 in Zittau. Die Gruppe der Linken — Sozialdemokraten und Kommunisten — war im Gegensatz zu früher zu einem achtunggebenden Faktor geworden. So stark, daß gegenüber den bürgerlichen Fraktionen das Gleichgewicht gehalten wurde und zur genauen Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wiederholt vom „Gammelsprung“ Gebrauch gemacht werden mußte. Der Eingeweichte konnte allerdings schon seit längerer Zeit die starke Entwicklung der sozialdemokratischen Gruppe auf dem Gemeindetag voraussehen. Umsichtige und zielbewusste Vorarbeit war seit langem vom kommunalpolitischen Landesausschuss und der Reichsausschüsse der sozialdemokratischen Partei geleistet worden, und wiederholte Konferenzen hatten nach ergebnisreichen Ausdrücken und Zusammentragung reichlichen Materials grundlegende Thesen für die sozialistische Kommunalpolitik erarbeitet. Das Resultat blieb nicht aus. Wenn auch auf dem Gemeindetag die sozialdemokratische Fraktion diesmal nicht beherrschend war, so konnte sie ihren Forderungen nach voranschreitender Kommunalpolitik doch den notwendigen Rückhalt verleihen und durch sachlich gekulte Kräfte ihren unverwundlichen Einfluss auf die Gestaltung der Geschäfte der Gemeinden während der nächsten Jahre ausüben. Selbst in jenen Fragen, die zahlenmäßig bei der Abstimmung nicht sofort zum sofortigen Erfolg umgewandelt werden konnten, weil die Statuten des Gemeindetages hinderlich im Wege standen, war der sozialdemokratische Fraktionseinfluss durchaus nicht zu unterschätzen, denn wenn schon die Sozialdemokratie in diesen Fällen nicht die Mehrheit zu erringen vermochte, so schwankte Mehrheit und Minderheit doch immer nur um ganz wenige Stimmen.

Das, was wir zahlenmäßige Gleichgewicht zwischen rechter und linker Seite erwirkte während der ganzen Dauer der Verhandlungen eine überaus starke Anteilnahme der Beteiligten. Dazu kam das große Interesse, das den wichtigen und grundlegenden Referaten entgegengebracht wurde, die allerdings dazu angetan waren, bis in die kleinste Gemeinde jedes Interesse zu erwecken. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist in Gefahr. Staat und Reich drohen kaputtzugehen zu erstarren. Immer mehr werden den Kommunen vermehrte Aufgaben durch Reich und Länder entzogen. Dafür lastet sich das Maß von Aufgaben, die den Gemeinden von Staat und Reich als „übertragene Aufgaben“ zugewiesen werden, ohne daß dafür die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Selbst fortschrittlich gesteuerte Gemeinden sind auf diese Weise die Erfüllung ihrer sozialpolitischen Aufgaben heute fast unmöglich gemacht. Mit sachlicher Ehrlichkeit und vorzüglicher Rhetorik hoben deshalb die sozialdemokratischen Referenten ihre Forderungen heraus, deren Forderung und innere Logik, der Linie der sächsischen Politik entsprechend, als Resultat einiger kommunalpolitischer Arbeiten des einzelnen als auch der Partei anzusprechen sind.

Nicht minder bedeutungsvoll für die Gemeinden ist die Frage der Verwaltungsreform. Sollen die kapitalistisch-bürokratischen Wünsche erfüllt werden oder erhält endlich das demokratische Leben jenen demokratischen Inhalt, den die Verfassung verspricht mit den Worten „Die Staatsmacht geht vom Volke aus“ angedeutet? Diesen Worten endlich lebendigen Inhalt zu verleihen, ist das Ziel der Sozialdemokratie. Deshalb forderte auch der parteiübergreifende Redner ein unitarisches Deutschland mit Zentralisation, die sich in der Selbstverwaltung der Gemeinden zeigt.

Wenn trotz der Einheitsfront zwischen bürgerlichen und kommunistischen Vertretern zur Frage der Gemeindefinanznot dennoch die Entfaltung der Sozialdemokratie mit ihren Forderungen an Reich und Land angenommen wurde, so ist das ein Zeugnis der inneren Gestaltkraft und der Widerstandskraft der Sozialdemokratie. Die dadurch beherrschend wurde, daß sich in diesen sachlichen Fragen selbst bürgerlich gesinnte Bürgermeister ihrem zunehmenden Einfluss nicht zu entziehen vermochten. Es besagt daher nicht viel, wenn in einigen formalen Dingen zur Statutenänderung die sozialistische Fraktion keine Mehrheit

fand. Da zur Statutenänderung jedoch eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, fiel auch der Vorschlag des Vorstandes, gegen den sich die Sozialdemokratie deshalb wandte, weil ihre grundlegenden Änderungsanträge auf Einführung oder Vorbereitung der Verhältniswahl zur Mitglieder- und Vertreterversammlung und zum Vorstand ebenfalls abgelehnt wurden. Gerade diese Abstimmung aber wurde — und das ist ihr Wert für uns — zum Gradmesser für die geistige Einstellung und die Tätigkeit der bürgerlichen Gemeindevertreter und nicht zuletzt der bürgerlichen Bürgermeister. Manche von ihnen ist in seiner Gemeinde auf das Wohlwollen der sozialdemokratischen Vertreter angewiesen, und vielleicht legt sich der eine oder andre von ihnen, wenn er wieder in sein Amt zurückkehrt, doch die Frage vor, ob es nicht fortschrittlicher und klüger gewesen wäre, der gerade, selbst von dem demokratischen Fraktionsredner anerkannten Forderung nach der Verhältniswahl zuzustimmen! Erst recht trifft das zu auf den mit ganz geringer Mehrheit abgelehnten Antrag der Sozialdemokratie über das Delegationsrecht zum Gemeindetag, das von reaktionären Bürgermeistern und Ratskörpern allein beantragt worden ist.

Wie im übrigen die Kommunisten ihr zahlenmäßiges Verhältnis zu den übrigen Gruppen des Gemeindetages beurteilen, das lehnte ihre Forderung nach 6 von 24 Vorstandsmitgliedern! Daß diese sinnlose Forderung abgelehnt wurde — etwas anderes war den Kommunisten aus Agitationsabsichten gar nicht erwünscht —, liegt auf der Hand. Die Kommunisten spielten überhaupt, wie immer und überall, eine lächerliche Rolle. Sie lachten, schrien und lobten, je nachdem es ihre „Führung“ gerade gebot, und ihre Fraktionsredner saßelten alles mögliche von Panzerkreuzer und Imperialismus, nur redeten sie nicht über Kommunalpolitik, weil ihnen das „zu sachlich“ war.

Eine Episode, deren sachlicher Untergrund wert genug ist, ernst beurteilt zu werden, weil er dem Nachtamt zwischen Rat und Gemeindevorstand entgegensteht, verdient erwähnt zu werden. Sie erleuchtet blühend die Situation. Dem Gemeindetag lagen Mandatsstreitigkeiten einiger Orte zur Entscheidung vor. Im Falle der Streik, kam es dabei zwischen Kommunisten und Sozialisten, weil jede Partei den Medner der andern Gruppe nicht zu Worte kommen lassen wollte, zu lebhaften Auseinandersetzungen, die sich zum Tumult und zur Unterbrechung der Sitzung steigerten, da der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Müller, durch eine momentane Ungeschicklichkeit die Gewalt über die Versammlung verloren hatte. Mehrere Rechte und äußerliche Linke tobten. Der sozialdemokratischen Fraktion allein blieb es vorbehalten, überlege Ruhe, Disziplin und Würde in dem Bewußtsein zu wahren, daß die Bedeutung und Wirkung des Sächsischen Gemeindetages nach außen hin auch die Einhaltung parlamentarischer Ordnung erfordere.

Ansehen und Bedeutung des Gemeindetages hatten die sozialistische Fraktion auch dazu bestimmt, einen Antrag auf Zurückziehung der Richtlinien der Landesregierung zur Ruheordnungsverordnung einzubringen. Auch hier war der Erfolg auf unserer Seite, so daß — alles in allem gesehen — die Sozialdemokratie mit Stolz auf die Tagung zurückblicken kann, der sie durch planvolle Tatkraft, sachliche Arbeit und sachliches Können den Stempel aufdrückte. Der Sächsische Gemeindetag hat aber auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die paritätische Verteilung der Vorstandsämter im Vorstande zwischen bürgerlichen und sozialistischen Kommunalpolitikern nicht als Entgegenkommen des Bürgertums zu betrachten ist, sondern der tatsächlichen Machtstellung der Sozialdemokratie auf der Tagung selbst entspricht. Diese wichtigste Tagung sächsischer Kommunalpolitiker aller Richtungen wurde damit durch das Zielbewußtsein der Sozialdemokratie zu einer Etappe auf dem Wege zu jener endgültigen Machtstellung, die der sächsischen Sozialdemokratie in dem industriellen Sachsen entsprechend ihrer Stärke und Bedeutung gebührt.

Briand verneint Räumung und Anschluß

„Rein Recht“ darauf!

P. Paris, 4. Dezember. (Wg. Deutsch.)

In der Kammerdebatte über das Budget des auswärtigen Amtes sprach am Dienstag gegen den sozialistischen Abgeordneten Brard. Man habe, führte Brard aus, den Frontkämpfern den Frieden versprochen, aber überall herrsche heute in den Seelen die Anbetung der Gewalt, daher rühre auch die Wiederherstellung der Diktatur in Europa. Die Sozialistische Partei verlange heute in Entwicklung eines wahren Friedens der Völker die sofortige und bedingungslose Rheinandrückung. Eine andere Räumung sei nicht weniger notwendig, nämlich diejenige der Saar. Alle diejenigen, welche das Land kennen, seien im Voraus von dem Resultat der Abstimmung überzeugt.

Briand wiederholt sich

Sofort erhob sich Außenminister Briand und führte aus, er habe sich in Genuf lediglich gegen den Vorwurf der doppelteigen Politik durch den deutschen Reichskanzler verteidigt. Die Rede Stresemanns im deutschen Reichstag (Spiegel innerpolitischer Erwägungen) wider, er wüßte aber nicht, daß in allen Ländern die Frage der Außenpolitik auf die Dauer von innerpolitischen Erwägungen abhängig, hervorzuheben sei aus der Rede Stresemanns die Bestätigung, daß Katarns immer die Politik bleiben werde, die Deutschland treiben müsse, und daß er volles Vertrauen zum Paft von Locarno habe, der von Frankreich gewissermaßen respektiert worden sei. Als der deutsche Reichskanzler in Genuf den Wunsch ausgesprochen habe, Verhandlungen mit Frankreich über

die Räumung des Rheinlandes

einzuhalten, habe sich Frankreich zu diesen Verhandlungen bereit erklärt, aber man dürfe nicht vergessen, daß Frankreich nicht allein sei und nicht das Recht habe, diese Frage isoliert von anderen Mächten zu diskutieren. Es seien dann die Vertreter der Alliierten zusammengetreten und der deutsche Reichskanzler habe ihnen ausgemerzelt,

daß Deutschland ein Recht habe, die sofortige Rheinandrückung zu fordern.

Frankreich und England haben darauf mit dem Vertrag in der Hand geantwortet, daß das nicht richtig sei und Deutschland habe dieses Recht auch nicht. Wenn auch die Lage hoffnungslos zu sein schien, so sei doch zu bedenken, daß es keine diplomatische Lage gäbe, aus der man nicht herauskomme und so seien dann trotz der deutschen Forderung die Verhandlungen fortgesetzt worden. Frankreich wolle nicht mit seinem Pfand spekulieren, aber es habe doch zu bedenken, daß es Verpflichtungen übernommen hat. Es könne nicht zugeben, daß Deutschland eines Tages die Arme kreuzt und erklärt, es werde nichts mehr bezahlen, während Frankreich seine Verpflichtungen zu erfüllen habe. Er wolle das deutsche

Schwanken in Rechnung zu stellen, die sich in der deutschen Politik noch zeigen könnten.

Wenn die Deutschen aufrichtig den Frieden wünschen, dann ist eine Lösung möglich. Frankreich und Deutschland sind zwei große Völker von außerordentlichen Qualitäten. Beide können, wenn sie ihre Friedensarbeit richtig betreiben, die besten Friedensgaranten schaffen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist die Vorbedingung dazu. Der Außenminister betonte schließlich, daß Ministerpräsident Poincaré und er über alle diese Dinge einer Meinung seien, was, als im gleichen Augenblick Poincaré im Saale erschien, allgemeine Heiterkeit hervorrief.

Auch kein Recht zum Anschluß!

Zur Frage des deutsch-österreichischen Zusammenschlusses erklärte Briand: Man könne den Anschluß nicht durchführen ohne Zustimmung des Völkerbundes. Die Nationen vor eine vollendete Tatsache zu stellen, wäre ein entsetzlicher Akt, eine Heberauslösung dieser Art könnte Rückwirkungen auf die Aufrechterhaltung des Friedens haben. Wenn es auch bedauerlich sei, von Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, so habe man niemals das Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Auge gefaßt. Wenn in einem Lande neun Zehntel der Bevölkerung es auf den Selbstmord abgesehen habe und als Nation verschwinden wolle, und wenn nur ein Zehntel der Bevölkerung diesen Gedanken ablehne und an den Traditionen festhalten wolle, dann habe man nicht das Recht, dieses eine Zehntel zu zwingen, den anderen zu folgen. Briand appellierte schließlich an

das europäische Gewissen des österreichischen Volkes, damit es nicht unter Verletzung der gegenüber dem Völkerbund und gegenüber den zivilisierten Nationen übernommenen Verpflichtungen den Weltkrieg führe.

Zerbrochenes Vertrauen

P. Paris, 6. Dez. (Wg. Hant. Die Morgenpost) feiert die Rede Briands und das Einverständnis mit Poincaré. Außerdem betonen die Mächte, daß Briand genau wie Chamberlain erklärt habe, die Rheinandrückung sei zwar aus politischen Gründen wünschenswert, sie sei aber unter keinen Umständen ein Rechtsanspruch für Deutschland, sondern könne nur gegen Gegenleistungen gewährt werden. Genosse Leon Blum ist der einzige Kritiker. Er erklärt selbst, wenn jetzt die Sachverständigenverhandlungen ohne Zwangigkeiten zu einer Einigung führten, könnte dieses glückliche Resultat die üblen Wirkungen der letzten Verser Rede Briands nicht ausmerzen. Das Vertrauen zwischen Frankreich und Deutschland, das im Anschluß an die Locarnoverträge entstanden sei, sei durch diese Rede Briands ein für allemal zerbrochen worden und könne auch durch die glücklichsten politischen Erfolge nicht wiederhergestellt werden.